

## Zweiter Teil

# Die Praxis der nationalsozialistischen Politik

### 1. Die Zerstörer der nationalen Einheit.

a) Als der Ruhrkampf tobte, waren die Nationalsozialisten die einzigen, die sich außerhalb der Einheitsfront stellten. Der bayerische Innenminister Schweyer (Bayer. Volksp.) erklärte im Januar 1923 vor Pressevertretern in München, als Hitler seine große Parade ankündigte:

„Erste und ausschlaggebende Bedingung für den Erfolg unseres Widerstandes ist, daß das ganze deutsche Volk mitgeht. Erfreulich ist es, daß dies auch namentlich bei der Arbeiterschaft der Fall ist. **Eine Ausnahme macht jedoch die nationalsozialistische Bewegung.**“

b) Hitler sagte vor dem Volksgericht (vgl. Rosenberg, Der Hitler-Prozeß, S. 20): „Mit Stolz bekenne ich, daß es unsere Leute waren, die im Ruhrgebiet den einzig richtigen Widerstand geleistet haben.“

Die verhängnisvollen, Millionenschäden verursachenden Attentate und Sabotageakte im Ruhrgebiet verdankt der deutsche Steuerzahler also in erster Linie Hitler und seinen Leuten.

c) Der „Völkische Beobachter“ schreibt im Februar 1928, eine Einheitsfront zur Stärkung der Deutschen im Ruhrgebiet sei vollkommen unmöglich, solange sich „Lumpen, Verräter, Spitzel und Juden“ in der nationalen Einheitsfront betätigen.

Das Vaterland kann in Trümmer gehen, wenn nur die Parteifahne weht — ist die Devise der Nazis.

### 2. Verrat an Südtirol.

a) Am 14. Mai 1925 brachte der „Völkische Kurier“ in dem Artikel „Unser armes Tirol“ eine leidenschaftliche Anklage gegen die brutale Herrschaft der italienischen Faschisten im deutschen Südtirol. Das nationalsozialistische Blatt hingte dabei den faschistischen „Auswurf jämmerlicher Dekadenz“ dem Judentum an.

Damals waren die Faschisten für die Nationalsozialisten jüdischer „Auswurf jämmerlicher Dekadenz“, und heute...?

b) Der „Völkische Beobachter“ vom 2. Februar 1926 schreibt wörtlich das Folgende:

„Und nun beginnt der Deutsch-Südtiroler Erisapfel seine Schuldigkeit zu tun. Die Stimmung zwischen Deutschland und Italien verschlimmert sich zusehends. Lassen wir uns bei der Beurteilung der Lage durch keinerlei Sentimentalitäten heirren, mit welchen jetzt so reichlich die Judenpresse wieder einmal die politische Denkfähigkeit des deutschen Volkes zu umnebeln versucht. Zu einem sehr klaren und durchsichtigen Zwecke: dem als Nationalisten und Freimaurerbekämpfer bestgehaßten Mussolini Schwierigkeiten zu bereiten. Daß wir am Ende leicht dabei die Leidtragenden sein könnten, was kümmert dies weiter das Judentum!“

c) Die Wochenschrift „Südtirol“ (Simsbruck) vom 15. April 1927 brachte folgende Stellen aus einer Hitler-Rede vom 30. März 1927:

„Was hat man gegen Italien? Südtirol! Damit beginnen sofort alle Spießer lebendig zu werden. Wer hat Südtirol verraten? Die gleichen Leute, die Deutschland zugrunde gerichtet haben. Wer hat die Stirne, für 170 000 Deutsche in Südtirol vielleicht 300 000 Deutsche auf dem Schlachtfeld zu opfern?“

Die Deutschvölkische Arbeitsgemeinschaft für Tirol hat auf diese Neußerung Hitlers hin am 5. April 1927 einen „Offenen Brief“ an Hitler gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„Die zynisch-freche Art, mit der Sie über das Leid der Südtiroler Deutschen hinweggehen, hat in allen wirklich völkisch gesinnten Kreisen bitteren Schmerz und hellste Empörung hervorgerufen. Vor allem mangelt Ihnen die allerbescheidenste Sachkenntnis, um über derartige politische Fragen sprechen zu können. Es sind nicht 170 000, sondern 230 000 deutsche Südtiroler, denen Sie mit ihren rohen Worten einen Schlag versetzt haben, von dem Sie, Herr Hitler, freilich keine Ahnung haben.“

Daß die gleiche zynische Stellungnahme auch noch gegenwärtig vorkommt, beweist ein Referat, das am 19. April 1929

von dem Parteisekretär der NSDAP. **Heidrich** (Königsberg) in Augsburg gehalten wurde. **Heidrich** führte aus: „Gegen die Bundesgenossenschaft Italiens wende man ein, daß **Mussolini** Südtirol bedrücke. Das sei aber nur eine von den Freimaurern erfundene Lüge. **Außerdem käme es nicht auf das Schicksal von einigen tausend armseligen Südtirolern**, sondern auf das Gedeihen Deutschlands an.“ (Vgl. Teil I, Nr. 4 dieser Broschüre.)

### 3. Die Nationalsozialisten als „republikanische“ Partei.

Die Nationalsozialisten behaupten, daß die Frage **Republik oder Monarchie** für sie erst in zweiter Linie komme, in erster Linie wollten sie die Befreiung Deutschlands.

**Wie handelten sie praktisch?**

a) Als sie im November 1923 beim Münchener Putsch scheinbar an die Macht gekommen waren und den bayerischen Generalkommissar v. **Rahr** für sich gewonnen hatten, da erklärte dieser, gestützt auf die Waffen der Nationalsozialisten:

„In des Vaterlandes schwerster Not übernehme ich die Leitung der Geschicke Bayerns

**als Statthalter der Monarchie, die vor fünf Jahren von frevelnden Händen zerschlagen worden ist.**

Ich tue das schweren Herzens, und, wie ich hoffe, zum Segen unserer bayerischen Heimat und unseres deutschen Vaterlandes.“

b) In bezug auf die Revolution erklärte Hitler bei seiner Vernehmung (vgl. Rosenberg, Hitler-Prozeß, S. 25):

„Diese Exekution hat **der Auswurf der Nation vorgenommen, nicht die Armee, sondern ein Haufen von Lumpen und Deserturen**, von dem ganzen Mist, den Deutschland damals hatte. Ich habe nie anerkannt, daß dieser Zustand legal geworden ist. Ich habe Herrn v. **Rahr** auch gesagt, ich würde **sofort den Kronprinzen verständigen** (Kuprecht von Bayern). Unsere Umwälzung soll nichts anderes sein, als eine Abrechnung mit den **Novemberverbrechern**. — **Das Unrecht, das dem Hause**

**Wittelsbach durch die Revolution zugefügt wurde, soll wieder gutgemacht werden."**

So sehen die Verkünder des „dritten Reiches“ aus.

#### **4. Ausländische Unterstützung in Theorie und Praxis.**

Hitler erklärte (vgl. Rosenberg, Hitler-Prozeß, S. 22):  
„... Der Weg, sich nach auswärtiger Hilfe umzusehen, ist für jeden Deutschen das Schamloseste, was es gibt, und darum unmöglich.“

Das sagt der gleiche Mann, dessen Bewegung erwiesenermaßen indirekt ausländische Unterstützungsgelder empfangen hat. Denn auch im Hitler-Prozeß vom Mai 1929 wurde auf die bereits seit 1923 bekannte Äußerung Morels gegenüber Generalstabskommissar v. Rahr verwiesen, Hitler bekomme für seine Bewegung französisches Geld. Dieses laufe aber durch so verborgene Kanäle, daß der Empfänger selbst seine Herkunft gar nicht erraten könne. Während der gleichen Gerichtsverhandlung wurde festgestellt, daß Hitler von einer Dame aus Finnland Geld empfangen habe.

Wie sagte Hitler? „Unterstützung des Auslandes sei das Schamloseste, was es gibt.“ — Das gibt es aber!

#### **5. Die nationalsozialistische Internationale.**

Die Nationalsozialisten bezeichnen alle diejenigen Bestrebungen, die von Deutschen in Gemeinschaft mit Ausländern gefördert werden, als international. International ist für sie der Subbegriff alles Verhängnisvollen, Vaterlands-schädlichen, Hochverräterischen. Dabei vergessen sie, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei selbst sich als einheitliche Partei betrachtet, obwohl sie sich bisher über drei verschiedene Staaten erstreckt (Deutschland, Oesterreich, Tschechoslowakei) und Schwesterparteien auch in anderen Staaten ins Leben zu rufen sucht.

Neben dieser partemäßigen nationalsozialistischen Internationale kann man seit 50 Jahren ständige Bemühungen beobachten,

**eine Internationale der Judenfeinde herzustellen.**

Am 11. September 1882 versammelten sich unter der

Führung Stöckers in Dresden 300 Vertreter antisemitischer Richtungen und stellten eine Reihe von Thesen auf, in deren erster es heißt:

„Eine internationale Vereinigung zu dem Zwecke, die Uebermacht des Judentums zu brechen, ist eine unabwendbare Kulturnotwendigkeit der christlichen Welt geworden.“

Dieser erste internationale antisemitische Kongreß richtete ein Manifest an die Regierungen und Völker der „durch das Judentum gefährdeten christlichen Staaten“ und setzte ein Komitee ein, dem man die Aufgabe zuwies, eine internationale Zentralleitung der antisemitischen Bewegung zu organisieren.

Am 5. Februar 1883 fand in Chemnitz die Gründung einer „Allgemeinen Vereinigung zur Bekämpfung des Judentums“ mit dem französischen Namen „Alliance antijuive universelle“ statt. Von dieser Vereinigung aus wurde dann für den 27. und 28. April 1883 wiederum nach Chemnitz der zweite internationale Antisemitenkongreß einberufen, welcher von Oesterreich, Ungarn, Rußland, Rumänien, Serbien und Frankreich besucht war.

Seitdem trat eine gewisse Pause ein, bis 1920 sich ein „Initiativ-Komitee zur Schaffung einer Weltliga gegen Juda“ bildete, die sich gleichfalls „Alliance antijuive universelle“ nannte und Gründungsaufrufe in Frankreich, Polen, England und Amerika verbreitete. 1923 fand in Wien eine Delegiertentagung statt, bei der die Gründung einer „Anti-Internationale im Weltverband christlicher Völker“ beschlossen wurde. Der „Völkische Beobachter“ berichtet (14. August 1926) über eine Zusammenkunft antijüdischer Vertreter aus Deutschland, Dänemark, Oesterreich, England, Frankreich, Polen, Italien, Holland, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei, Ungarn und der russischen Emigration in einer Stadt Dänemarks.

Die „Protokolle der Weisen von Zion“, „die Bibel der Rathenau-Mörder“, wie der Senatspräsident Hagen vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik bei den Verhandlungen gegen die Rathenau-Mörder die Schmä-

schrift nannte, sind in deutscher, russischer, chinesischer, arabischer, italienischer, französischer und englischer Ausgabe erschienen.

**Es zeigt sich also, daß auch der Nationalsozialismus, insbesondere in seiner Judenfeindschaft, vor der Herstellung internationaler Beziehungen keinen Augenblick zurückschreckt.**

## 6. „Soziale Gesinnung“ im Nationalsozialismus.

Die Nationalsozialisten predigen soziales Verständnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Wie handeln sie aber selbst? Einige Beispiele:

a) Die „Münchener Post“ vom 5. April 1929 bringt unter der Überschrift „Praktischer Nationalsozialismus“ einen Bericht über eine Gerichtsverhandlung, die eine grundlos entlassene Angestellte des „Völkischen Beobachters“ angestrengt hatte. Im Bericht heißt es:

„Zwei Hitler-Anwälte mußten vor Gericht in Ausübung ihrer anwaltlichen Tätigkeit die Klinge kreuzen. Wenn einem Fräulein, das 3½ Jahre lang tadellos im Verlag des „Völkischen Beobachters“ seine Pflicht erfüllt hat, deshalb, weil es um 3½ Jahre älter geworden ist, gekündigt wurde, so sei das **gewiß nicht besonders sozial**. Aber es haben bei der Kündigung noch ganz andere Dinge mitgespielt, die Gott sei Dank nicht aufgerollt wurden, denn sonst würden noch andere Leute große Unannehmlichkeiten erleben. Es zeigte sich, daß

**auch in der Nationalsozialistischen Partei das Kapital ausschlaggebend sei.**

Amann (Verlagsleiter des „Völkischen Beobachters“) habe die Mehrheit der Stammanteile des „Völkischen Beobachters“, und er habe damit die Macht in Händen, die er im Falle des Fräulein Sp. auch angewendet habe. Es zeige sich auch hier, daß Theorie und Praxis sich nicht immer decken. Der Verteidiger Amanns habe erklärt, das Fräulein Sp. habe Amann als Gesinnungslumpen bezeichnet. Er biete Beweise an durch den Redakteur des „Völkischen Beobachters“ Rosenbergs, daß Amann die Aufnahme eines Aufrufes in den „V. B.“ abgelehnt habe mit dem Vermerken:

**„Auf die Parteimitglieder ist gesch . . . . ., zuerst kommt das Geschäft.“**

Da hatte Fräulein Sp. doch recht, wenn sie in ihrem Briefe erklärte: Ich stelle mir die gewählten Vertreter der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei anders vor.

b) Im Oktober 1927 sollte 46 000 Sozialrentnern im Saargebiet eine Beihilfe gezahlt werden. Die Nationalsozialisten erhoben durch den Abgeordneten Stöhr im Reichstag Einspruch. Die Vorlage wurde in erster und zweiter Lesung angenommen. Gegen die sofortige Vornahme der dritten Lesung erhob Stöhr Widerspruch. Der Reichstagspräsident redet ihm zu:

**„Bis zum Januar müssen die Sozialrentner im Saargebiet auf die Erhöhung ihrer Renten warten, Herr Stöhr, wenn Sie bei Ihrem Widerspruch bleiben. Ich weiß nicht, ob Sie das verantworten können.“**

**Stöhr hält seinen Widerspruch aufrecht.** Der Reichstagspräsident erklärt unter Zustimmung des ganzen Hauses:

Ich muß bekennen, es ist in der Geschichte dieses Hauses noch nicht vorgekommen, daß jemand ohne jeden Grund die Verabschiedung einer Vorlage vereitelt, die für viele tausende Sozialrentner von so großer Bedeutung ist. **Es ist unerhört in der Geschichte des Reichstages, daß durch einen derartigen Widerspruch ein solches Gesetz vereitelt wird.** Ich kann nichts dagegen tun, wenn auf diese Weise 46 000 Sozialrentner des Saargebietes geschädigt werden; **ich kann nur die Öffentlichkeit als Zeugen dafür anrufen.“**

Die Führer aller Parteien geben ihrer Empörung Ausdruck. Die Bayerische Volkspartei spricht von einem Trauerspiel, die Abgeordneten Koch (Demokrat) und Kahl (Deutsche Volkspartei) suchen nach einem Ausweg, sogar der deutsch-nationale Graf Westarp bemüht sich um eine Lösung. **Herr Stöhr hat den traurigen Mut, festzubleiben, 46 000 Rentner im Saargebiet können ihm ihren Dank abstatten.**

Das sind die parlamentarischen „Erfolge“ der Nationalsozialisten.